

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

März 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Großabnehmerrabatt
ABRUFSCHEINE
Sonderkonditionen für
Neuwagen der Marken
Toyota und Mazda
Seite 12



BDS-Regional
INTERVIEW
Nicole Hoffmeister-Kraut:
Wissenstransfer neuen
Schub geben
Seite 16



Ratschläge für mündige Bürger

Hugo Müller-Vogg ironisiert über rot-rot-grüne Fixpunkte deutscher Innenpolitik und prognostiziert einen schmutzigen Wahlkampf



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Wenn die Trumpeten schmettern!

von Günther Hieber

Ja, was war das denn? Da geht jedermann davon aus, dass mit der feierlichen Amtseinssetzung des neuen Präsidenten das Wahlkampfgetöse aufhöre. Weit gefehlt! Nichts mit staatsmännischer Attitüde, sondern Wahlkampfretorik pur. Entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten spielt Trump wie ein Saloonspieler seine Karten aus. Und alle, die geglaubt hatten, er werde mit dem Aufstieg ins höchste Amt den Abstieg in die diplomatische Ebene einleiten, wundern sich. So unvorhersehbar war das aber nicht. Trump ist ohne jegliche Regierungserfahrung ins Amt gewählt worden – im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern. Er ist ein „american businessman“. Wer sich die Mühe gemacht hätte, das amerikanische Geschäftsgebaren, das oftmals die Grundstrukturen eines Pokerspiels enthält, zu analysieren, wäre nicht so überrascht worden. Dieses Psychogramm basiert auf einer einfachen Erkenntnis im Poker. Entweder hältst du dagegen, oder du gehörst zu den „chicken“. Das lässt sich frei ins Deutsche mit „Hasenfüße“ übersetzen. Diese Spielart wird gerne eingesetzt, wenn man nicht sicher ist, ob das eigene Blatt wirklich so gut ist. Aber vielleicht kann man so andere Mitspieler vom Spieltisch vertreiben. Doch nun zum Inhalt der Rede: Ich habe sie komplett durchgelesen. Natürlich strotzt sie vor nationalem Pathos. Sie enthält aber auch Passagen, über die es nachzudenken lohnt.

Trumps heftige Ansage

Zitat Trump: Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert und das Volk hat die Kosten getragen. Washington blühte, aber das Volk hat nichts von dem Reichtum gehabt. Hier greift Trump das Ostküsten-Finanzestablishment an, das er für die Auswirkungen der ungezügelter Globalisierung und den Niedergang der amerikanischen Mittelschicht verantwortlich macht. Und weiter: Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze wanderten ab und die Fabriken schlossen. (...) Eine Fabrik nach der anderen schloss und verließ das Land ohne auch nur einen Gedanken an die amerikanischen Arbeiter zu verschwenden (...) Wir werden zwei einfachen Regeln folgen – amerikanisch kaufen und Amerikaner anheuern. Das ist schon eine heftige Ansage und hat nichts mit dem gespreizten diplomatischen Gerede à la Wiener Kongress 1814 zu tun. Konsequenterweise im Handeln kündigt Trump auch die nach seiner Ansicht für Ameri-

ka schädlichen Freihandelsabkommen. Was bezweckt Trump damit? Vordergründig will er sicher die amerikanische Wirtschaft stärken, indem er die inländische Produktionskarte spielt. Er kann sich jetzt, da nicht mehr in Abkommen gebunden, seine Handelspartner „portionsweise“ zurechtlegen. Wenn sich Europa in wirtschafts- und finanzpolitischen Angelegenheiten weiterhin so zögerlich und uneinig zeigt, würde ich die Chancen, die EU und den Euro zu zerlegen, durchaus als Erfolg versprechend bezeichnen. Gerade jetzt, wo es darauf ankommt, Stärke und Einigkeit zu zeigen, besteht für Europa



Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen

eine große Chance, dagegenhalten zu können, zumal der größte transatlantische Befürworter und europäische Quertreiber den Brexit gewählt hat. Buy american! Die Engländer haben 1900 mit „made in England“ und Maggie Thatcher mit „buy british“ zweifach Schiffbruch erlitten. Auch für Amerika sind die Karten nicht so gut, wie Donald Trump versucht, glauben zu machen. Eine Repatriierung von Arbeitsplätzen setzt voraus, dass es auch genügend Fachkräfte in den USA gibt, woran erhebliche Zweifel bestehen. Ganz nebenbei: Der mexikanische Arbeiter in der Automobilindustrie hat einen Stundenlohn von umgerechnet fünf USD, der amerikanische Arbeiter liegt bei 35 USD. Was glauben Sie, wie sich die Herstellungskosten für Autos „made in USA“ verteuern werden? Da Autofahren zum amerikanischen Grundver-

ständnis gehört, muss Trump dafür sorgen, dass diese Autos auch für den amerikanischen Arbeiter erschwinglich bleiben. Dies bedeutet höhere Löhne – mit der Konsequenz einer kräftig steigenden Inflationsrate. Neben einem höheren Beschäftigungsgrad hat dies noch weitere interessante Auswirkungen: Der „inflationäre Dollar“ wird schwächer werden, was die Absatzchancen amerikanischer Produkte im Weltmarkt verbessert. Einer Äußerung des künftigen Finanzministers Steven Mnuchin, lässt sich entnehmen, dass dies auch im Interesse Trumps liegt, weil ein zu starker Dollar kurzfristig negative Folgen (für die USA) habe. Der gravierende Aspekt ist jedoch, dass die amerikanischen Staatsschuldverschreibungen bei einer Inflationsrate von 10 Prozent jährlich nach fünf Jahren nur noch die Hälfte wert sind. Dies ist eine elegante Form, sich der horrenden Staatsverschuldung (19 Billionen) teilweise zu entledigen, erst recht, wenn sich diese Titel in ausländischen Portfolios befinden.

Innerhalb der USA ist ein schwacher Dollar kein Problem. Der Abfluss von sog. Petrodollars wird durch einen Anstieg von Bohrlöchern im Frackingverfahren (Anstieg 2016 Dezember 522 zu Januar 2017 auf 556) kompensiert. Das Geld fließt nicht ins Ausland ab, sondern verbleibt im inneramerikanischen Gebiet. Sollte sich diese Absicht der Dollarschwächung unter all dem amerikanischen „ballyhoo“ verbergen, wird dieser Coup als „Donalds Bluff“ in die Geschichte eingehen.

Ungleichgewichtige Kostenverteilung

Es gibt eigentlich nur einen Punkt, der einer schnellen Lösung bedarf. Trump sagte, die NATO sei in ihrer jetzigen Form obsolet. Damit meint er meines Erachtens nicht die Auflösung des Bündnisses, sondern die aus seiner Sicht ungleichgewichtige Kostenverteilung. Ja, wir haben es uns unter dem Rock der amerikanischen Dame, genannt Liberty, gut eingerichtet und die Kosten zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärmaschinerie weitestgehend den Amerikanern überlassen. Ich bin sicher, das wird Trump ändern, denn hier hat er die besseren, alternativlosen Karten in der Hand. Sollte sich Europa nicht auseinander dividieren lassen, eine konsequente, offene Handelspolitik gegenüber jedermann pflegen, wenn es nicht zu spät ist – auch gegenüber Russland, ist mir vor den Trumpeten nicht bang. Auch Amerika kann sich nicht vom Außenhandel zugunsten einer autarken Wirtschaftspolitik verabschieden. ■

HEITER BIS WOLKIG

Wirtschaftsaussichten für 2017: Eine Vorausschau von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Zur Jahreswende wird Bilanz gezogen und der Blick auf 2017 gewagt. Das abgelaufene Jahr war für die deutsche Wirtschaft recht erfolgreich. Mit einem realen Wachstum von fast 2 Prozent schloss es noch besser ab als in den Jahren zuvor (2015: +1,6 Prozent, 2014: +1,7 Prozent). Obwohl es durchaus manche Störfaktoren gab, wirkten sich weder die Brexit-Entscheidung noch der Wahlkampf in den USA mit dem Sieg von Donald Trump, weder die Risiken in vielen europäischen Ländern noch der schwache Welthandel negativ aus.

2016: Gute Binnenkonjunktur

Vielmehr sorgten die endogenen Kräfte, insbesondere der private Konsum, und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) für einen soliden Aufschwung und eine Rekordbeschäftigung mit fast 44 Mio. Erwerbstätigen, von denen rund 31,5 Mio. sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Zahl der Arbeitslosen sank auf etwa 2,5 Mio., die der offenen Stellen stieg weiter auf rund 1 Mio. an. Nicht zuletzt sorgten die staatlichen Ausgaben für Schubkraft; der Staatskonsum erhöhte sich 2016 um 4 Prozent, insbesondere auch wegen der Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von einigen hunderttausend Flüchtlingen. Ebenso sprang die Bauwirtschaft wieder an; von ihr gingen deutliche Impulse für die Binnenkonjunktur aus. Wesentlich verlangsamten sich dagegen die Ausfuhren deutscher Firmen, die 2016 gerade noch um 2 Prozent (2015: +5 Prozent) zunahmen.

Starke Wettbewerbsfähigkeit

Moderat verlief die Entwicklung bei Löhnen und Gehältern: Ar-

beitgeber und Gewerkschaften vereinbarten durchweg Tarifierhöhungen um rund 2 Prozent. Da die Verbraucherpreise im Durchschnitt kaum stärker als um 0,5 Prozent stiegen, gab es ein deutliches Plus bei den Realeinkommen. So konnte die deutsche Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern: Im jüngsten Ranking des Weltwirtschaftsforums (WEF) nahm Deutschland hinter der Schweiz, Singapur, den USA und den Niederlanden Platz 5 ein. Allerdings wies das WEF auch darauf hin, dass es hierzulande Defizite bei der Infrastruktur und den institutionellen Rahmenbedingungen gibt. Insbesondere die Steuerregulierungen und die Ineffizienz der Bürokratie würden die unternehmerische Dynamik bremsen.

Chancen und Risiken in 2017

Die Perspektiven 2017 für die deutsche Wirtschaft sind durchaus positiv; allerdings müssen einige Risiken miteinkalkuliert werden. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes dürfte mit etwa 1,5 Prozent zwar etwas schwächer als 2016 ausfallen, doch nach wie vor

deutlich über dem Niveau der meisten Volkswirtschaften im Euroland liegen. Im neuen Jahr werden der private Verbrauch und der Staatskonsum der Konjunktur nicht mehr ganz so starke Impulse verleihen. Da die Preise für Energie „made in Germany“ und für Öl-Importe ansteigen werden, muss auch mit einer höheren Inflationsrate gerechnet werden: So ist ein Plus von etwa 1,5 Prozent bei den Verbraucherpreisen für 2017 zu erwarten.

Wohnungsbau und Infrastruktur

Positiv werden sich der Wohnungsbau und die stärkeren öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur auswirken. Die außerordentlich niedrigen Hypothekenzinsen bieten gute Chancen für viele, die ein Eigenheim bauen oder eine Eigentumswohnung kaufen wollen; mit kaum 50 Prozent ist die Quote beim privaten Immobilieneigentum gering, zumal mehr als 80 Prozent der Menschen in unserem Lande sich „eigene vier Wände“ wünschen und diese vor allem auch als gute Altersvorsorge betrachten. Insbesondere fehlen einige hunderttausend Sozial-

wohnungen für Deutsche und Migranten.

Auch die öffentliche Infrastruktur ist lange Zeit vernachlässigt worden; das gilt für den Straßenbau ebenso wie für Schulen und Universitäten, für Abwasserkanäle ebenso wie für Kommunikations- und Energienetze. Allein im Schulsektor wird der aufgestaute Investitionsbedarf auf über 30 Mrd. Euro geschätzt. Der Bund stellt finanzielle Mittel zur Verfügung; die Länder und Kommunen sollten im neuen Jahr möglichst viele Projekte realisieren und Defizite bei den Planungskapazitäten überwinden. So könnten sich daraus ein gutes Konjunkturprogramm und zusätzliche Wachstumsimpulse entwickeln.

Export im kleineren Gang

Auch wenn die Weltwirtschaft in 2017 wieder mehr Fahrt aufnehmen wird, die Aussichten für die deutschen Exporte dürften sich nur wenig aufhellen. Denn die Nachfrage nach deutschen Anlagen, Maschinen, Chemieprodukten, Automobilen usw. wird wohl angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung in den meisten europäischen Ländern nur wenig anziehen. Allerdings nimmt die Weltwirtschaft außerhalb Europas wieder stärker Fahrt auf. In den USA sowie auch in lateinamerikanischen und asiatischen Staaten wird es aufwärts gehen. Insgesamt könnten die deutschen Ausfuhren in 2017 um rund 2 bis 3 Prozent zulegen.

Euro verliert gegenüber Dollar

Der Fall des Euro gegenüber dem US-Dollar sorgte bereits dafür, dass deutsche Waren vor allem auf den außereuropäischen Märkten preiswerter ge-

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



worden sind. Im neuen Jahr könnte schon sehr bald die Parität des Euro zu Dollar bei 1:1 oder sogar darunter liegen; im Jahre 2008 hatte der Kurs für 1 Euro bei etwa 1,50 US-Dollar gelegen. Die von der US-Notenbank FED eingeleitete Zinserhöhungspolitik wird 2017 mit weiteren Schritten fortgesetzt und zu einer weiteren Stärkung der US-Devisen sorgen.

Das wird für uns zum einen zu höheren Ausgaben für Rohstoff- und Energieimporte, die in Dollar fakturiert werden, führen, zum anderen aber auch im Laufe des neuen Jahres zu einer Überprüfung der Geldpolitik der EZB Anlass geben. Denn sonst würden massive Kapitalabflüsse in Richtung USA erfolgen.

Die Rätsel des Donald Trump

Unsicherheit herrscht derzeit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump, der im Januar ins Weiße Haus eingezogen ist. Vorab hat er eine starke Senkung der Unternehmens- und Einkommensteuer, wesentlich höhere Investitionen in die Infrastruktur und steigende Ausgaben für das US-Militär angekündigt. Allerdings müssen für die Realisierung dieser Vorhaben noch politische Hürden im Kongress und Senat überwunden werden, wo mit einem harten Widerstand gegen wachsende Defizite im Haushalt der USA zu rechnen ist. Risiken für die deutsche Exportwirtschaft zeichnen sich insbesondere dadurch ab, dass der neue Präsident eine Politik des „USA first“ verfolgen und dafür durchaus protektionistische Maßnahmen ergreifen will. Aus seiner Ablehnung einer transatlantischen Wirtschafts- und Freihandelszone (TTIP) ist dies mehr als deutlich abzulesen. Vor allem wird der neue US-Präsident wesentlich höhere Beiträge von den Europäern – insbesondere

von Deutschland – für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik fordern.

EU auf dem Krankenbett

Die EU befindet sich zu Beginn des Jahres 2017 allerdings in einer geradezu miserablen Verfassung. Nach der Brexit-Entscheidung herrscht in Brüssel mehr oder weniger Kopflosigkeit, wie das zukünftige Verhältnis zu Großbritannien zu gestalten sein wird. Die Schuldenkrisen in Griechenland und einigen anderen US-Staaten schwelen weiter. Bei der Flüchtlingskrise gibt es kaum Solidarität und wenig Fortschritte zur Lösung der Migrantenprobleme. Eine klare Strategie zur stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit – etwa bei der Digitalisierung – scheitert mehr oder weniger an nationalen Interessen, obwohl die EU gegenüber anderen Konkurrenten wie den USA und auch China bereits stark ins Hintertreffen geraten ist. Ähnlich sieht es bei einer gemeinsamen Verteidigungspolitik aus, die zwar auf dem jüngsten EU-Gipfel auf der Agenda stand, aber nicht einmal in Umrissen zu erkennen ist. Die zentrifugalen Kräfte nehmen in vielen Staaten der europäischen Gemeinschaft zu; in einigen dominieren bereits Nationalismus und Chauvinismus. Bei den 2017 stattfindenden Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und auch in Deutschland könnten rechtsradikale Parteien für böse Überraschungen sorgen und die Stabilität der Demokratie erschüttern – wie etwa schon in Polen und Ungarn.

Realitäten gegen Gefühle

Diese politischen Risiken dürfen nicht ohne negative Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung bleiben. Vor allem für Deutschland, das von möglichst viel Freihandel in der globalisierten Welt abhängig ist, bedeutet jede Renationalisierung eine große Gefahr. Ohnehin

sind alle großen Herausforderungen nicht mehr national zu meistern – weder die Flüchtlingskrise noch die Umweltprobleme, weder die Bekämpfung des Terrorismus noch die Währungs- und Handelsprobleme. Allerdings wird es in der postfaktischen Welt immer schwieriger, mit Realitäten gegen Gefühle und Angstmacherei zu punkten.

Das Superwahljahr 2017

2017 wird ein wichtiges Wahljahr in Deutschland sein. Die CDU und CSU werden mit Angela Merkel als Kanzler-Kandidatin bei der Bundestagswahl im September antreten. Die SPD hat ihren Findungsprozess beendet und Martin Schulz zu ihrem Kanzlerkandidaten gekürt. Die Themen kristallisieren sich heraus: Terrorismus, Flüchtlinge, innere Sicherheit, Renten, soziales Gefälle, Energie und Umwelt. Folgt man den Umfragen, die zur Jahreswende vorlagen, werden im 19. Bundestag 7 Parteien vertreten sein; CDU und CSU dürften allen Störfeuern aus Bayern zum Trotz jedoch wieder eine Fraktion bilden, selbst wenn zuvor keine Einigung über eine Obergrenze bei Flüchtlingen erzielt werden sollte. Derzeit liegen die demoskopischen Befunde bei 32 bis 38 Prozent für die CDU/CSU, bei 20 bis 23 Prozent für die SPD, bei 10 bis 11 Prozent für die Grünen, knapp 10 Prozent für die PDS, rund 12 Prozent für die AfD und bei 5 bis 6 Prozent für die FDP. Auf die Frage, welche Partei die Probleme in Deutschland am besten meistern würde, nannten jüngst 28 Prozent die Union, nur 8 Prozent die SPD. 54 Prozent trauten es keiner Partei zu!

Labile Entwicklungen

Nach dem Stand zu Anfang des Jahres 2017 könnte Angela Merkel mit der CDU/CSU zum einen die Große Koalition mit der SPD fortführen; allerdings

gibt es bei den Sozialdemokraten zum Teil heftigen Widerstand dagegen. Alternativ wäre eine Koalition der CDU/CSU mit den Grünen und, wenn dies nicht ganz reichen sollte, ein Bündnis CDU/CSU plus Grüne und FDP möglich. Angesichts der Spaltung der Grünen in Realos und Fundis wird eine schwarz-grüne Koalition in weiten Teilen der Wirtschaft als zu risikoreich abgelehnt. Die SPD will raus aus der schwarzen Umarmung und strebt notfalls eine rot-rot-grüne Mehrheit an – nach dem jetzt in Berlin praktizierten Modell. Wenn es auch derzeit als sehr unwahrscheinlich gilt, dass die SPD in einem solchen Bündnis den nächsten Bundeskanzler stellen wird, die Zeit bis zum Wahltag ist noch sehr lang; angesichts der labilen politischen Entwicklungen sind Überraschungen nicht auszuschließen. Vor allem könnte das Ergebnis für die AfD zu einem ähnlichen Paukenschlag wie bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern führen.

NRW: Test für den Bund

SPD und Grüne werden im Wahlkampf insbesondere das Thema „soziale Gerechtigkeit“ intonieren und konsequent für höhere Steuern auf hohe Einkommen, Erbschaften und Vermögen plädieren. Dass damit bei Firmen und Unternehmern wenig Gegenliebe zu erwecken sein wird, ist schon heute klar. Ob eine massive Neiddiskussion in den Mittel- und Unterschichten der Bevölkerung zu größeren Stimmengewinnen führen könnte, das bleibt abzuwarten und ist gewiss nicht garantiert. So gesehen wird 2017 politisch und wirtschaftlich ein spannendes Jahr voller Chancen und mit vielen Risiken. Die in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai stattfindende Landtagswahl wird der wichtigste Test für die Wahl im Bund. ■

Dr. Hugo Müller-Vogg ist auf dem Berliner Parkett gut vernetzt, wobei seine kritischen Analysen naturgemäß nicht immer auf ungeteilte Zustimmung treffen.



Unisex-WCs und Gendersterne

Dr. Hugo Müller-Vogg ironisiert über die rot-rot-grünen Fixpunkte deutscher Innenpolitik und gibt Ratschläge für mündige Bürger

Wer regelmäßig in der ARD den Presseclub verfolgt oder sich für die Gesprächsrunden des Nachrichtensenders *Phoenix* interessiert, für den ist Hugo Müller-Vogg kein unbeschriebenes Blatt, ebenso wenig für Leser der Online-Magazine *cicero.de*, *tichyseinsblick.de*, *huffingtonpost.de* oder der *Superillu*. Zudem kennt die breite Öffentlichkeit den studierten Diplomvolkswirt noch als Mitherausgeber der *FAZ* (1988 bis 2001) sowie als Kommentator und Kolumnisten für *Welt am Sonntag*, *Bild*, *BZ*, und den Nachrichtensender *N24*. Auch als Buchautor hat sich Dr. Hugo Müller-Vogg einen Namen gemacht. So

„Vermögenssteuer ist nur ein anderes Wort für Neidsteuer.“

schon 2004 mit einer Merkel-Biografie und zuletzt dem Bestseller über Wolfgang Bosbach. Titel: *Endspurt* – wie Politik tatsächlich ist – und wie sie sein sollte. Er ist auch häufig auf Veranstaltungen in ganz Deutschland als Redner zu hören.

Prognose für das Superwahljahr

Hugo Müller-Vogg ist auf dem Berliner Parkett gut vernetzt, wobei seine kritischen Analysen naturgemäß nicht immer auf ungeteilte Zustimmung treffen. Besonders die Bündnisgrünen und die Linkspartei reiben sich an Müller-Voggs journalistischer Arbeit. Kein Wunder, macht doch der gebürtige Mannheimer auch öffentlich kei-

nen Hehl aus seiner liberal-konservativen Haltung. Wer das als Hofberichterstatte für die Unionsparteien interpretiert, liegt falsch. Müller-Voggs kritische Haltung zur Politik der Großen Koalition wird im Kanzleramt wie im Konrad-Adenauer-Haus alles andere als geschätzt.

Da Hugo Müller-Voggs Meinung auch für die vorausschauende Arbeit des BDS wichtig und notwendig ist, gibt es einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen dem Publizisten und BDS-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer. Gefragt nach seiner Prognose für das Superwahljahr 2017 geht Müller-Vogg von einem „Neidwahlkampf“ aus. Vor allem die Grünen

seien hier die Vorreiter, so Müller-Voggs Feststellung, weil diese einer vermeintlichen Vermögensungleichheit mit einer Vermögenssteuer entgegenwirken wollen. Dabei gehe es den grünen Umverteilungsstrategen nicht in erster Linie um Gerechtigkeit, sondern um angeblich schreiende Ungerechtigkeit. Eine solche Argumentation lasse für ihn nur den Schluss zu: „Vermögenssteuer ist nur ein anderes Wort für Neidsteuer.“ Was nach Müller-Voggs Ansicht in der Diskussion um die Vermögenssteuer gern unterschlagen wird: Vermögen werfen im Allgemeinen Erträge ab – und die müssen versteuert werden. Eine Warnung für die Bundestagswahl 2017 liefert Hugo Müller-Vogg gleich mit: „Für die grünen, roten und dunkelroten Umverteilungsapostel geht es nur darum, einigen möglichst viel zu nehmen. Ob das den vielen anderen nützt, ist zweitrangig.“

Stimmzettel als Lottoschein

Welche parteipolitischen Konstellationen wird es nach der Bundestagswahl im September geben? Auch diese Frage wurde zwischen Hugo Müller-Vogg und Joachim Schäfer erörtert. Nach seiner Ansicht sei es durchaus im Rahmen des Möglichen, dass der Stimmzettel zum Lottoschein werde, so Müller-Voggs Einschätzung. Angesichts der Aufspaltung des Parteiensystems seien klassische Zweierkonstellationen – also Rot-Grün oder Schwarz-Gelb – kaum noch möglich. Auch für Schwarz-Grün werde es wohl im Bund nicht reichen, weil eine neue Partei, die AfD, für zusätzliche Unübersichtlichkeit Sorge, mit der aber niemand koalieren wolle.



„Für die grünen, roten und dunkelroten Umverteilungsapostel geht es nur darum, einigen möglichst viel zu nehmen. Ob das den vielen anderen nützt, ist zweitrangig.“

„Schluss mit dem nach Männlein und Weiblein getrennten Toilettengang. Das gemeinsame Pinkeln von Bürger*innen ist das Gebot der Stunde.“
(Hugo Müller-Vogg)



Das wiederum könnte die Linkspartei in die Rolle des Königsmachers bringen, „weil es in der SPD durchaus prominente Befürworter für ein rot-rot-grünes Bündnis gibt“. Die Alternative hierzu hieße Schwarz-Grün-Gelb, wobei die Grünen in dieser Frage offenkundig gespalten seien: „Die einen zieht es zur Linken, die anderen zur Union.“

Heftiger und schmutziger Wahlkampf

Angesichts dieser unklaren politischen Verhältnisse prognostiziert Hugo Müller-Vogg einen heftigen, ja teilweise schmutzigen Wahlkampf, wobei drei große Themen die Auseinandersetzung bestimmen würden: innere Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und nicht zuletzt die Frage, wie die Deutschen ihr Land selbst sehen: Als weltoffenen Nationalstaat, der zu allen Facetten seiner Geschichte steht? Oder als multikulturelle Gesellschaft, die ihre eigenen Wurzeln im Zeichen falsch verstandener Toleranz leugnet?

In seinen Kommentaren und Kolumnen warnt Hugo Müller-Vogg immer wieder unmissverständlich vor einer rot-rot-grünen Bundesregierung. Nach thüringischem und Berliner Muster erwarteten den Bundesbürger im Bund eine Neuauflage des

„Willkommensrauschs“, der Verzicht auf Abschiebungen, Unisex-WCs und die Erhebung des „Gendersterns“ zum Fixpunkt deutscher Innenpolitik. Diese beinharte Aussage begründet Müller-Vogg mit Verweis auf den Koalitionsvertrag des rot-rot-grünen Senats in Berlin. Gleich 298 Mal – auf 251 (!) Seiten – werde der „Genderstern“ verwendet, weil das große „I“ in BürgerInnen und Bürgern politisch nicht (mehr) korrekt sei. So würden nach Auffassung der Berliner Koalitionäre Bi-, Trans- oder sonstige sexuelle diskriminiert, „von den Geschlechtslosen ganz zu schweigen“. I-Tüpfelchen sei die erste Vorlage des neuen Justizsenators Dirk Behrend (Grüne) mit dem Titel: „Hürden im Alltag beseitigen – Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden einrichten.“ Müller-Vogg ironisiert: „Schluss mit dem nach Männlein und Weiblein getrennten Toilettengang. Das gemeinsame Pinkeln von Bürger*innen ist das Gebot der Stunde.“ (Die Glosse „Stilles Örtchen der absoluten Gleichheit“ ist nachzulesen auf www.cicero.de vom 09. Januar 2017).

Und welche guten Vorsätze für das Jahr 2017 empfiehlt Dr. Hugo Müller-Vogg?

Ratschläge für mündige Bürger:

1. Wachsam und wehrhaft sein

Islamistische Terroristen haben uns den Krieg erklärt. Nach den Morden am Breitscheidplatz muss selbst der Friedfertigeste merken, dass im Namen Allahs unter uns lebende Killer sich nicht dafür interessieren, ob wir Verständnis für sie haben oder nicht. Sie wollen töten, weil sie uns hassen: unseren Lebensstil, unsere Freiheiten, unseren Rechtsstaat, unsere Demokratie. Im Namen ihrer verqueren, pseudoreligiösen Ideologie ergötzen sie sich am Tod anderer.

Da bekommt der Begriff „wehrhafte Demokratie“, der sich einst auf den Kampf gegen Anti-Demokraten im Innern bezog, eine neue Bedeutung zu. Eine wehrhafte Demokratie erfordert heute sichere europäische Außen-

grenzen, kontrollierte Binnengrenzen, Transitzentren, schnelle Abschiebung von illegalen Migranten und Scheinasylanten, eine Aufrüstung unserer Sicherheitsorgane, eine bessere Videoüberwachung, eine Kontrolle der Hinterhofmoscheen und vieles mehr. Demokraten sollten sich dafür einsetzen – jeder an seinem Platz, jeder nach seinen Möglichkeiten.

2. Skeptisch gegenüber Gutmenschen bleiben

„Jeder Zuwanderer ist eine Bereicherung“ war schon in vergangenen Jahren das Dummste, was zum Thema „Flüchtlinge“ zu hören war. Denn die schlichte Wahrheit lautet: Auch nicht jeder „Bio-Deutsche“ ist eine Bereicherung. Doch man sollte die Machter, die in Politik, Medien und

gesellschaftlichen Institutionen die Gefahren unkontrollierter Zuwanderung klein reden und die angeblichen Segnungen einer Multi-Kulti-Idylle groß herausstellen, nicht unterschätzen. Unsere freiheitliche Gesellschaft wird nicht allein durch Terroristen gefährdet. Gefährlich sind auch jene politisch korrekten Schönredner, deren Geschäft die Relativierung und Verharmlosung ist.

Wenn Mörder „Gott ist groß“ rufen, dann hat das sehr wohl etwas mit dem Islam zu tun. Wenn Tausende Migranten Frauen sexuell belästigen, wie an Silvester in Köln, dann sind das nicht 1000 Einzelfälle; hier spiegelt sich vielmehr das Frauenbild von Männern aus muslimischen Gesellschaften wider. Wenn junge Muslime in der Schule oder am Arbeitsplatz Lehrerinnen oder weiblichen Vorgesetzten den notwendigen Respekt versagen, dann hilft kein Verständnis, sondern nur das Pochen auf eindeutige Regeln. Lassen wir uns 2017 von den Gutmenschen nicht einlullen. Für den Missbrauch unserer Freiheiten muss gelten: null Toleranz.

3. Zwischen religiöser Verkündigung und politischer Indoktrination unterscheiden

Die Kirchen sind unverändert wichtige Pfeiler unserer Gesellschaft. Die freiheitliche Gesellschaft wird auch vom Geist der Bergpredigt getragen. Ein Land ohne religiöse Fundamente ist keine erstrebenswerte Perspektive. Doch bei allem Respekt vor den Kirchen und ihren Repräsentanten: Die Neigung vieler Geistlicher, die Kanzel mit einer po-



„Lassen wir uns 2017 von den Gutmenschen nicht einlullen. Für den Missbrauch unserer Freiheiten muss gelten: null Toleranz.“

litischen Rednertribüne zu verwechseln, nimmt zu. Je leerer die Kirchen werden, umso eifertiger versuchen Pfarrer wie Bischöfe, dem Zeitgeist hinterherzuecheln. Mündige Christen sollten sich dagegen verhalten.

4. Auf Etikettenschwindel achten

Die politische Linke - SPD, Grüne, Linkspartei - setzt im Wahljahr 2017 auf das Thema soziale Gerechtigkeit. Genauer gesagt: Die vereinte Linke wird die angeblich schreiende Ungerechtigkeit beklagen. Sie darf sich breiter medialer Unterstützung sicher sein: Gegen „die Reichen“ machen viele Medien gerne mobil - nicht zuletzt die öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Die Bürger sollten sich nichts vormachen lassen. Wenn von der „Armutsquote“ die Rede ist, dann muss man erstens wissen, dass es sich um die „Armutsgefährdungsquote“ handelt. Und dass diese zweitens nicht absolute Armut, sondern Ungleichheit misst. So gibt es nach dieser „Statistik“ in Tschechien, Slowenien oder der Slowakei weniger Arme als in der reichen Bundesrepublik. Was natürlich Unsinn ist: In diesen im Vergleich armen Ländern ist die „Armut“ nur gleichmäßiger verteilt. Wer den Etikettenschwindeln unter den Armutsforschern und ihren Jüngern nicht auf den Leim gehen möchte, sollte stets daran denken: Nach dieser „Berechnungsmethode“ gab es in der DDR viel weniger „Arme“ als in der Bundesrepublik. Nur konnten sich die DDR-Bürger davon nichts kaufen.

5. Dem Zeitgeist widerstehen

Nie war der Satz so richtig wie heute: Wer den Zeitgeist heiratet, kann ganz schnell Witwer werden. Wer sich unkritisch an der „herrschenden“ Meinung orientiert, also an dem, was die sogenannten Leitmedien veröffentlichen, der muss ziemlich flexibel sein. Wer noch in Erinnerung hat, was im Zeichen des „Willkommensrauschs“ Ende 2015 alles geschrieben und gesendet wurde, der erkennt heute *Spiegel*, *Zeit* oder *Bild* nicht mehr. Fakten lassen sich eben nur eine Zeit lang schönen; im Zweifelsfall ist die Wirklichkeit stärker als das Wunschbild.

Da hilft nur eines: skeptisch bleiben und nicht alle politischen Moden mitmachen. Wenn *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Zeit*, *ARD* und *ZDF* alle dieselbe Melodie spielen, dann hilft bisweilen ein Blick in ausländische Medien - zur nüchternen Analyse.

6. Dem Staat mehr vertrauen als selbst ernannten Bürgeranwälten

Wir leben in einem funktionierenden Gemeinwesen, einem Rechtsstaat mit der besten Verfassung, die es in der deutschen Geschichte jemals gab. Das heißt nicht, dass auch manches schief läuft, dass es unentschuldbare Pannen und schwere Versäumnisse staatlicher Institutionen gibt. Aber das macht eine Demokratie aus: dass sie zur Selbstkorrektur fähig ist.

Deshalb sollten wir dem Staat und seinen demokratisch legitimierten Institutionen das notwendige Vertrauen entgegenbringen. Selbst ernannte „Bürgeranwälte“, die hinter jeder Ge-

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt!

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 33896183
info@k6-medien.de



ONLINESHOPS



SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

setzesänderung und jeder Aktion unserer Sicherheitsorgane sofort einen Anschlag auf die Freiheit wittern, sollte man links liegen lassen - im wörtlichen wie im übertragenen Sinn.

7. Managern ihre Bekenntnisse zur Marktwirtschaft nicht unbesehen abnehmen

Es geht den Herren in Nadelstreifen so leicht von den Lippen: die Beschwörung der Sozialen Marktwirtschaft: das Bekenntnis zu Leistung und Wettbewerb. Im Alltag handeln viele Bosse aber ganz anders, wie die dreisten Betrügereien des Volkswagen-Konzerns und anderer Automobilhersteller uns plastisch vor Augen geführt haben. Für viele Manager - nicht für alle - rangieren die Interessen ihrer eigenen Arbeitnehmer, ihrer Zulieferer und Kunden sowie der Allgemeinheit ganz hinten. Für viele - zu viele - zählen nur der eigene Kontostand und die eigene Macht. Gier schlägt Gemeinwohl! Das spricht keineswegs gegen die Soziale Marktwirtschaft, aber sehr wohl gegen die Lippenbekenntnisse vieler Bosse. Auch da ist Skepsis nicht nur angebracht, sondern geradezu Pflicht aufgekärter Wirtschaftsbürger.

8. Polizisten, Feuerwehrleute und Pflegekräfte mehr schätzen

Nie waren sie so wertvoll wie heute: unsere Polizisten, Feuerwehrleute und Pflegekräfte. Sie sind gefordert - und vielfach wegen ständig steigender Anforderungen und Personalmangels überfordert. Sie setzen sich für uns alle ein, aber wir entgelten ihnen

ihre Dienste nicht angemessen - weder materiell noch ideell. Wenn Politiker diese Dienstleister am Gemeinwesen rühmen, dann sollten wir sie immer fragen, was sie konkret tun, um deren personelle und finanzielle Situation zu verbessern. Und wir sollten, wann immer wir können, Polizisten, Feuerwehrleuten und Pflegenden unseren Respekt bekunden. Wir Bürger können das öffentliche Klima durchaus verändern - wenn wir nur wollen.

9. In den „sozialen“ Medien für einen zivilisierten Ton sorgen

Facebook, Twitter und so weiter gelten als „soziale“ Netzwerke. Vielfach geht es dort aber höchst unsozial, ja asozial zu. Üble Beschimpfungen, gezielt gestreute Gerüchte, erfundenen „Fakten“, das Überhandnehmen von Fäkalausdrücken - und das alles häufig im Schutz der Anonymität. Generell gilt: je anonym, umso unverschämter, je feiger, umso primitiver. Wobei es zwischen der Primitivität der Ausdrucksweise und der Primitivität der dahinter steckenden Gedanken meistens einen engen Zusammenhang gibt.

Als Nutzer dieser Dienste kann man sich wehren: unverschämte anonyme Feiglinge ignorieren oder blockieren. Das kostet Follower, erhöht aber die Lebensqualität im „Net“.

10. Vor allem aber: auch 2017 gelassen bleiben

Das neue Jahr wird politisch ausgesprochen spannend. Wird Donald Trump berechenbar werden? Werden

„Nie war der Satz so richtig wie heute: Wer den Zeitgeist heiratet, kann ganz schnell Witwer werden.“

Mit Dr. Hugo Müller-Vogg
sprach Joachim Schäfer

die Franzosen eine rechtspopulistische, antieuropäische Präsidentin wählen? Werden neue Flüchtlingsströme auf Deutschland zukommen? Wird der islamistische Terror unsere alltäglichen Freiheiten einschränken? Wird das Land in zehn Monaten zum ersten Mal von einer Bundesregierung unter Einschluss der Linken alias SED regiert? Wir wissen das alles nicht.

Deshalb ist Gelassenheit ein ganz wichtiger Vorsatz für 2017. Die Lebenserfahrung lehrt, dass es eigentlich nie so schlimm kommt, wie wir in unseren Albträumen befürchten, und nie so gut, wie wir uns als Ideal ausgemalt haben. Den Mut, zu ändern, was man ändern kann, die Gelassenheit hinzunehmen, was nicht zu ändern ist und die Hoffnung, unterscheiden zu können, was in welche Kategorie gehört - das wäre in Zeiten wie diesen ein passender Vorsatz. ■

(veröffentlicht auf
www.tichyseinblick.de)



Das Internet gehört zu den wichtigsten Medien unserer Zeit. Daher ist es wichtig, wie man sich im Web präsentiert.

Ob in HTML 5 oder im CMS (Content-Management-System) gehören Funktionen wie Responsive Design dazu.

Informieren Sie sich jetzt!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Schlechte Zeiten für Händler – aber: Verbraucher profitieren

Der Bundesgerichtshof verschärft die Beweislastumkehr für Mängel

Mangelhafte Lieferungen kommen im Verbrauchsgüterkauf immer wieder vor. Da jeder Käufer nach der gesetzlichen Regelung einen Anspruch auf mangelfreie Lieferung der Kaufsache hat, entsteht immer wieder Streit darüber, ob ein gewährleistungsrelevanter Mangel vorliegt oder nicht.

Grundsätzlich hat hierbei der Käufer zu beweisen, dass der gelieferte Kaufgegenstand bereits im Zeitpunkt der Übergabe an ihn mit einem Mangel behaftet war. Lediglich für Verbraucher regelt das Gesetz in § 476 BGB eine Ausnahme dahingehend, dass im Verbrauchsgüterkauf vermutet wird, dass die Kaufsache bei Gefahrübergang mangelhaft war, wenn sich der Mangel innerhalb von sechs Monaten seit Gefahrübergang, d.h. Übergabe der Kaufsache, zeigt.

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat diese Beweislastumkehrregelung des § 476 BGB bislang darauf beschränkt, dass nach dieser Vorschrift lediglich eine in zeitlicher Hinsicht wirkende Vermutung dahingehend besteht, dass ein innerhalb von sechs Monaten ab Übergabe der Kaufsache aufgetretener Mangel bereits von Anfang an vorgelegen hat. Diese Vermutung gilt demgegenüber nicht für die entscheidende Frage, ob überhaupt ein Mangel vorliegt. Nach bisheriger Rechtsprechung war der Käufer entgegen der gesetzlichen Beweisvermutung auch innerhalb der ersten sechs Monate ab Kauf hierfür voll beweisbelastet.

Mit Blick auf ein Urteil des EuGH vom 4. Juni 2015, C-497/13 hat der Bundesgerichtshof diese bisherige Rechtsprechung aufgegeben und mit Urteil vom 12. Oktober 2016, XIII ZR 103/15 die gesetzliche Beweislastumkehrregelung zugunsten von Verbrauchern erweitert.



Der Bundesgerichtshof hat die gesetzliche Beweislastumkehrregelung zugunsten von Verbrauchern erweitert

Nach dieser geänderten Rechtsprechung greift die gesetzliche Vermutungswirkung ab sofort bereits dann, wenn dem Käufer der Nachweis gelingt, dass sich innerhalb der ersten sechs Monate ab Kauf eine Mangelerrscheinung zeigt, für die der Verkäufer wegen Abweisung der kaufvertraglich geschuldeten Beschaffenheit der Kaufsache grundsätzlich haften müsste. Ab sofort muss ein Käufer also nicht mehr beweisen, auf welche Ursache diese Mangelercheinung zurückzuführen ist. Des Weiteren muss der Käufer nicht mehr beweisen, dass die Ursache für den Mangel vom Verkäufer zu verantworten ist.

Weiterhin kommt dem Verbraucher als Käufer ab sofort auch die Erleichterung zugute, dass der Mangel der Kaufsache zumindest im Ansatz her schon von Anfang an vorlag. Damit muss der Käufer also nicht mehr wie bisher beweisen, dass ein erst nach Gefahrübergang eingetretener Mangel bereits während der ersten sechs Monate ab Kauf im Ansatz vorgelegen hat.

Folge der neuen Rechtsprechung ist eine weitere Verschiebung der Beweislast beim

Verbrauchsgüterkauf zu Lasten des Verkäufers. Zukünftig muss sich der Verkäufer gegenüber dem Verbraucher dahingehend voll entlasten, dass im Zeitpunkt der Übergabe der Kaufsache ein von ihm zu vertretender Sachmangel nicht vorhanden war. Die Beweislastumkehr zugunsten des Verbrauchers greift also auch dann ein, wenn die Mangelursache oder Verantwortung für den Mangel ungeklärt bleibt. Hierauf haben sich die betroffenen Geschäftskreise ab sofort einzustellen. ■

Rückfragen:

Arnd Lackner, Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht
Großherzog-Friedrich-Str. 40
66111 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) 681-95 82 82-0
E-Mail: wagner@webvocat.de
www.webvocat.de

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Steuerberatung. Leidenschaft.

Die Berater-MDT.

Wir sind...

Peter Mempel, Michael Depenbrock und Christine Titze. Wir sind engagierte Steuerberater aus Leidenschaft. Wir sind Die Berater-MDT.

Wir steuern...

unser Unternehmen zu dritt. Wir bearbeiten Ihre Angelegenheiten engagiert und kompetent. Wir beraten Sie souverän mit mehr als 20 Jahren Erfahrungen im steuer- und wirtschaftsberatenden Beruf. Peter Mempel ist zudem ausgebildeter Mediator.

Wir gestalten...

auf steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Basis Ihren langfristigen steueroptimierten Vermögensaufbau. Wir helfen Ihnen mit unserem Kanzleikonzept und betriebswirtschaftlichem Know-How bei der Führung und Übertragung von kleinen und mittelständischen Betrieben. Auch im Bereich der Mediation können wir für Sie tätig werden.



Sie haben...

Beratungsbedarf in steuerlichen Fragen? Sie benötigen Unterstützung bei Ihrem Jahresabschluss? Sie möchten weitere Informationen?

Nehmen Sie...

Kontakt zu uns auf, wir freuen uns auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen!



Die Berater-MDT
Steuerberatungsgesellschaft mbH
Rheinlanddamm 10
44139 Dortmund

Tel. 0231 – 222 14 97
Fax. 0231 – 222 14 98
kanzlei@die-berater-mdt.de
www.die-berater-mdt.de

BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marken Toyota und Mazda anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein an die von mir eingetragene Firmenadresse und auf meinen Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschützten Bereich unter:
www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

☐

von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

☐

von 14% (CX-3) bis zu 24% (Mazda 6) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Achtung: Nur gültig bis 31.03.2017

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

☐

Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

Mindestlohngesetz: Erhöhung beschlossen

Lohngrenze steigt 2017 auf 8,84 Euro



Anspruch auf Mindestlohn haben alle Arbeitnehmer und Praktikanten

Durch das Mindestlohngesetz wurde zum 1. Januar 2015 in Deutschland erstmals ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro je Zeitsunde eingeführt. Die Höhe des Mindestlohns wird durch das Bundeskabinett bestimmt und kann auf Vorschlag der Mindestlohnkommission durch Rechtsverordnung geändert werden. Die Mindestlohnkommission wird alle fünf Jahre durch die Bundesregierung neu berufen und besteht aus unabhängigen Mitgliedern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite sowie (ohne Stimmrecht) aus Mitgliedern der Wissenschaft, die lediglich beratende Funktion wahrnehmen.

Anspruch auf Mindestlohn haben grundsätzlich alle Arbeitnehmer, ebenso Praktikanten, nicht aber Auszubildende und Werks-

studenten sowie Langzeitarbeitslose, deren Wiedereinstieg in den Beruf durch die Arbeitsagenturen gefördert wird.

Der Anspruch auf Mindestlohn kann vertraglich nicht ausgeschlossen werden und begründet damit ein klagbares Recht des Arbeitnehmers. Der Gesetzgeber hat am 26. Oktober 2016 die zum 1. Januar 2017 erstmals mögliche Mindestlohnanpassungsverordnung beschlossen. Danach gilt ab dem 1. Januar 2017 in Deutschland ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von brutto 8,84 Euro je Zeitsunde.

Nach der entsprechenden Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 26. Oktober 2016 beruht diese Anhebung des Mindestlohns „auf dem Beschluss der Mindestlohnkommission vom 28. Juni 2016. Die Kommission hatte mit dem Mindestlohngesetz den Auftrag erhalten, erstmals zum 1. Januar 2017 über die Anpassung des Mindestlohns zu entscheiden und der Bundesregierung einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Sie wird dies nun alle zwei Jahre tun. Die Mindestlohnkommission prüft für ihren Beschluss, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beizutragen, faire und funktionierende Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen sowie Beschäftigungen nicht zu gefährden. Sie

orientiert sich dabei nachlaufend an der Tarifentwicklung“. Durch den Beschluss der Bundesregierung wird dieser Vorschlag der Mindestlohnkommission verbindlich umgesetzt. Die Bundesregierung kann von dem Vorschlag der Mindestlohnkommission nicht abweichen. Damit erhöht sich der gesetzliche Mindestlohn ab dem 1. Januar 2017 um 34 Cent auf 8,84 Euro.

Fazit:

Offen bleibt, ob durch eine Erhöhung des Mindestlohns von 34 Cent tatsächlich die Ziele des Mindestlohns, d.h. die Schaffung fairer Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Beschäftigung, eingehalten werden. In der Summe werden Arbeitgeber dennoch mehr belastet. Ob dies zielführend ist, bleibt diskussionsfähig. Die betroffenen Arbeitgeberverbände haben jedenfalls ab Veröffentlichung des Entwurfs der Mindestlohnanpassungsverordnung im Bundesanzeiger Gelegenheit, den Beschluss zu prüfen und Stellung zu nehmen. ■

Rückfragen:

Arnd Lackner, Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

WAGNER Rechtsanwälte
Großherzog-Friedrich-Str. 80
66111 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) 681-95 82 82-0
Fax: +49 (0) 681-95 82 82-10
E-Mail: wagner@webvocat.de
www.webvocat.de

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsg: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



NICHTS IST
UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen
für bezugsberechtigte Mitglieder
des Bundesverbandes der Selbständigen.**

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business
Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING**

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHNITTSTELLE • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.

Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein unverbindliches Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr. 000272.

Geballtes Expertenwissen

Eberhard Hamer: Nur wer die Risiken kennt, kann richtig handeln!

Das Besondere an diesem Buch ist seine Entstehungsgeschichte. Die Idee hatte Professor Eberhard Hamer, führender deutscher Mittelstandsforscher, der das Projekt von Anfang an leitete. Zehn Arbeitsgruppen haben in vielen Sitzungen die Trends und Prognosen für Deutschland und Europa bis zum Jahr 2050 erarbeitet. Dieses Kompendium bietet das Kondensat der Erfahrungen und Analysen von über 30 Fachleuten und Experten.

Das Autorenteam beantwortet so wichtige Zukunftsfragen wie:

- Wird die Nahrungs- und Wasserversorgung der Bevölkerung gesichert sein? Wie werden sich die Verfügbarkeit und die Verteilung der Rohstoffe entwickeln?
- Wie wird sich die Weltbevölkerung entwickeln? Wird es zur größten Völkerwanderung der Weltgeschichte kommen?
- Wann wird das Weltfinanzsystem zusammenbrechen, und wie könnte ein neues Finanzsystem aussehen?
- Wird es einen neuen Technologiezyklus geben? Welche Rolle werden Bio-, Nano- und Neurotechnologie spielen?
- Welche Rolle werden Bildung und Bildungssystem für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit spielen?

- Wird die NATO Deutschland in ein militärisches Abenteuer gegen Russland hineinziehen und einen Dritten Weltkrieg auslösen? Wird Deutschland den neuen Formen der Kriegsführung gewachsen sein, und wie ist es um die innere Sicherheit bestellt? Droht uns ein Bürgerkrieg im eigenen Land?
- Wie wird die Masseneinwanderung unsere gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen?

- Droht Deutschland und Europa eine Wirtschaftskrise mit einer langen Korrektur- und Rezessionsphase?

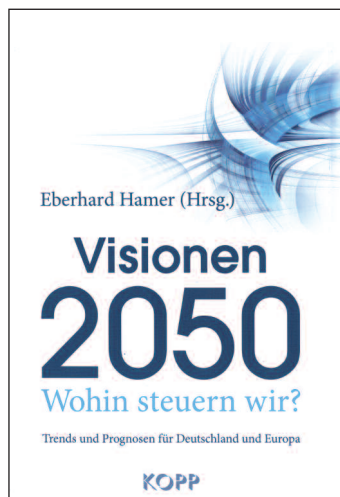
- Welche tief greifenden geopolitischen Veränderungen stehen uns bevor?

- Welche Lebensziele und -werte werden die Menschen in Zukunft bewegen, motivieren und antreiben? Welche Werte sind dauerhaft, tragfähig und wertvoll genug, um unser Leben künftig bestimmen zu können?

Dies sind alles enorm wichtige Aspekte für unsere Zukunft. Deshalb beruhen alle Prognosen auf sorgfältigen Recherchen und werden mit seriösen Argumenten untermauert.

Zu den Autoren dieser bahnbrechenden Analysen und Prognosen zählen neben Prof. Dr. Hamer Militärspezialisten wie Oberstleutnant a.D. Burkhard Geller oder Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Forscher wie Prof. Dr. Reinhard Franzke, Prof. Dr. Rainer Gebhardt oder Prof. Dr.-Ing. Hermann Kühnle sowie erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer. Diese Forschungsbeiträge fassen alle wichtigen Trends der kommenden Jahrzehnte kompakt und leicht verständlich zusammen.

Wer sich rechtzeitig und richtig vorbereitet, den werden die kommenden Krisen nicht überraschen, am wenigsten schädigen, und der hat sogar in der Krise besondere unternehmerische Chancen. ■



Eberhard Hamer (Hrsg.): Visionen 2050, gebunden, 288 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Best.-Nr.: 12-953 800, 19,95 Euro



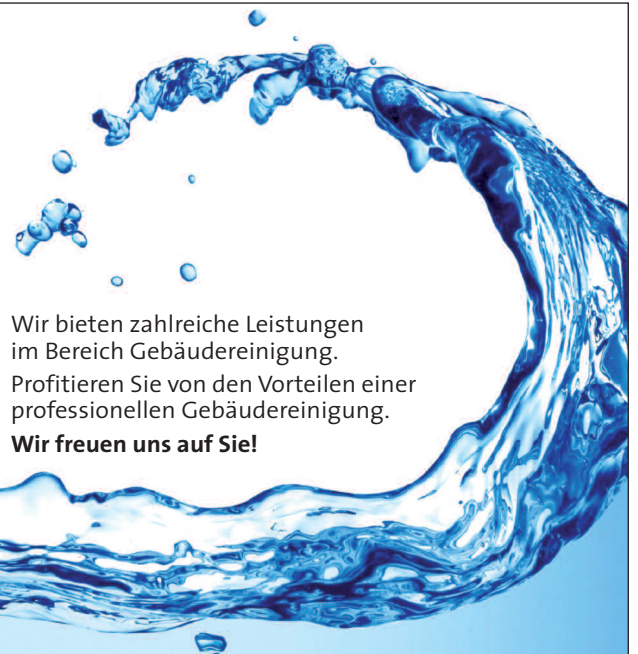
AQUACLEAN

Gebäudedienstleistung

SAUBERKEIT IST UNSERE DEVISE!

Kieferstraße 31
44225 Dortmund

☎ (0231) 33874132
☎ (0231) 33481639
✉ info@aquaclean-dortmund.de



Wir bieten zahlreiche Leistungen im Bereich Gebäudereinigung. Profitieren Sie von den Vorteilen einer professionellen Gebäudereinigung.

Wir freuen uns auf Sie!

www.aquaclean-dortmund.de



Fotos: Jürgen Burkhardt

? Ihr erstes Jahr als Ministerin ist fast vorbei. Fiel Ihnen der Übergang vom Unternehmertum ins Ministeramt leicht oder gab es Überraschungen?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Natürlich ist das Leben als Ministerin ein anderes. Eine neue Erfahrung war für mich zum Beispiel, als öffentliche Person plötzlich so stark im Fokus zu stehen. Als Unternehmerin ist man zudem eine andere Entscheidungsfreiheit gewohnt, die man aufs politische Geschäft so nicht übertragen kann. Und mein Alltag hat sich natürlich auch stark verändert. Die Termindichte, die Vielfalt der Themen, für die ich jetzt Verantwortung trage. Die Arbeit macht mir aber sehr viel Freude. Ich habe im Ministerium hervorragende Fachleute, die etwas bewegen wollen und mit denen ich etwas bewegen will. Und ich bekomme sehr viele positive Rückmeldungen: Zum einen, dass das Wirtschaftsministerium wieder eigenständig ist und Wirtschaft nicht nur als Anhängsel der Finanzpolitik betrachtet wird. Und zum anderen, dass das Amt der Wirtschaftsministerin mit jemandem besetzt ist, der weiß, wie Wirtschaft tickt, wie die Realität in den Unternehmen aussieht.

? Welche Prioritäten wollen Sie in Ihrer Amtszeit zur Förderung der KMUs setzen?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Zunächst einmal: der Mittelstand in Baden-Württemberg ist stark aufgestellt. Dass wir die führende Innovationsregion in Europa und der Exportweltmeister unter den Bundesländern sind, um nur zwei Beispiele zu nennen, das haben wir in starkem Maß auch den rund 492.000 mittelständischen Unternehmen

Wissenstransfer neuen Schub geben

Wirtschaftsministerin **Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut** setzt neue Akzente: Mittelstand digitalisieren – Gründungsdynamik erhöhen

im Land zu verdanken. Das Wirtschaftsministerium trägt mit den zahlreichen Maßnahmen der Mittelstandsförderung dazu bei, z.B. im Bereich Fachkräftesicherung, Innovationsförderung oder der Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen. Neue Akzente will ich vor allem in vier Bereichen setzen. Das eine ist die Digitalisierung im Mittelstand. Anknüpfend an unsere erfolgreiche Allianz Industrie 4.0 haben wir jetzt die „Initiative Wirtschaft 4.0“ gestartet, mit der wir die Digitalisierung in den mittelständischen Unternehmen aller Branchen unterstützen wollen. Zudem ist es mein Ziel, das Gründerland Baden-Württemberg weiterzuentwickeln und die Gründungsdynamik zu erhöhen. Hierbei werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf innovative Start-ups legen, denn sie tragen wesentlich zur Bewältigung des Strukturwandels und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei. Wir werden auch dem Technologie- und Wissenstransfer in Baden-Württemberg einen neuen Schub geben. Aus diesem Grund haben wir als einziges Bundesland einen Technologiebeauftragten. Prof. Bauer wird konkrete Vorschläge zur Stärkung des Mittelstands bei Innovation und Technologie erarbeiten. Gemeinsam mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag und den Kammern und Fachverbänden des Handwerks setzen wir außerdem das Projekt „Handwerk 2025“ um. Wir wollen damit die Zukunftsfähigkeit des Handwerks in Baden-Württemberg stärken.

? Wie stehen Sie zum Thema Zwangseingliederung der Selbstständigen in die staatliche Rentenversicherung?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Immer mehr Selbstständige sind im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ohne eine ausreichende gesetzliche oder private Altersvorsorge droht vielen Kleinunternehmern die Altersarmut. Die Erfahrung zeigt, dass viele Selbstständige das Thema Altersvorsorge vor sich her-



„Selbstständige sollten frei wählen können, ob sie sich in der gesetzlichen Rentenversicherung, betrieblich oder privat versichern. Die Absicherung sollte mindestens so hoch sein, dass die Rentenleistung im Alter über dem Niveau der Grundsicherung liegt.“

schieben. Selbstständige brauchen eine armutsfeste Altersvorsorge und sollten dies auch nachweisen müssen. Dabei sollten sie aber frei wählen können, ob sie sich in der gesetzlichen Rentenversicherung, betrieblich oder privat versichern. Die Absicherung sollte mindestens so hoch sein, dass die Rentenleistung im Alter über dem Niveau der Grundsicherung liegt.

? Wie sehen Sie die Situation in Baden-Württemberg, aber speziell auch in Stuttgart, was den Streit um die offenen Sonntage anbelangt? Könnte den Einzelhändlern durch eine verbindliche Landesregelung geholfen werden (d.h. Wegfall der kommunalen Ermessensprüfung)?

Dr. Hoffmeister-Kraut: In Baden-Württemberg wurde mit dem Ladeneröffnungsgesetz grundsätzlich eine ausgewogene Regelung gefunden: Während werktags die Öffnungszeiten völlig frei gegeben wurden, dürfen Verkaufsstellen in Baden-Württemberg aus Anlass von örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an jährlich drei Sonn- und Feiertagen geöffnet sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundsätze über die Zulässigkeit von verkaufsoffenen Sonntagen ziemlich klar definiert: Sie sind nur möglich, wenn sie anlässlich eines anderen, bereits vorhandenen und bedeutenden Festes, Marktes oder einer ähnlichen Veranstaltung erfolgen. Vor diesem Hintergrund finde ich es richtig, dass man sich auf der kommunalen Seite zusammensetzt und einvernehmliche Lösungen trifft. Die Fragen, ob die Voraussetzungen für eine Ausnahme überhaupt vorliegen und in welchem zeitlichen und räumlichen Umfang das Verkaufsverbot gelockert werden kann, kann man am besten auf der kommunalen Ebene beantworten. Im Moment sehe ich nicht, dass eine abstrakte Landesregelung das besser leisten kann.

Vor dem Hintergrund der sich ändernden Einkaufsgewohnheiten, die viele Einzelhändler vor große

Herausforderungen stellen, sind wir in diesen Fragen aber im Gespräch mit dem Einzelhandelsverband.

? Wir freuen uns zwar, dass nun in Belangen der Erbschaftssteuer mehr Rechtssicherheit herrscht, sehen jedoch Nachbesserungsbedarf an einigen Stellen. Wie stehen Sie zur Einigung in Sachen Erbschaftssteuer? Was halten Sie von einer generellen Abschaffung der Erbschaftssteuer als Substanzengriffssteuer?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Angesichts der schwierigen Ausgangslage und der strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie eines großen Zeitdrucks im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat konnte insgesamt ein sehr unternehmensfreundlicher Kompromiss gefunden werden, der insbesondere in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen weiterhin eine überwiegend steuerfreie Erbschaft/Schenkung von Betriebsvermögen ermöglicht. Dies war für die Landesregierung eine sehr wichtige Zielsetzung, um unseren starken Mittelstand zu erhalten. Ich stimme Ihnen jedoch bezüglich eines eventuellen Nachbesserungsbedarfs zu, sollten sich die gefundenen Regelungen in der Praxis nicht bewähren.

In der kurzen Frist wäre ein Vorstoß zur Gesetzesänderung zur Implementierung von Nachbesserungen allerdings wenig erfolgsversprechend. Dazu müssten die mühsam errungenen Kompromisse aus dem Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern wieder aufgeschnürt werden. Eine völlige Abschaffung der Erbschaftssteuer - deren Einnahmen im Land jährlich über eine Milliarde Euro betragen und in vollem Umfang den Ländern zugutekommen - müsste angesichts der Schuldenbremse in den Ländern durch alternative Einnahmen in zumindest ähnlicher Höhe kompensiert werden. Realistisch betrachtet, steht eine vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuer daher nicht zur Disposition. ►

? Die Verkehrssituation in und um Stuttgart ist ziemlich katastrophal. Wie kommen Sie morgens nach Stuttgart rein, speziell wenn Feinstaubalarm ist?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Die Verkehrssituation und insbesondere die Lösung des Feinstaubproblems treiben auch mich als Wirtschaftsministerin um. Meines Erachtens lässt sich das komplexe Problem der Feinstaubbelastung in der Landeshauptstadt nicht durch einfache Antworten wie Fahrverbote lösen. Wenn solche Maßnahmen allerdings unumgänglich sein sollten, muss man überlegen, wie man die erforderlichen Ausnahmen für Wirtschaftsverkehre und Anwohner möglich machen kann. Gefordert sind aber auch und vor allem intelligente Lösungen z.B. im Bereich der Verkehrslenkung.

? Wie schätzen Sie die Situation in Amerika unter Donald Trump ein. Wird es schwieriger für den exportierenden baden-württembergischen Mittelstand werden?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Die USA ist für Baden-Württemberg und seine Unternehmen ein wichtiger Handelspartner und ich hoffe, dass dies auch so bleibt. Im Jahr 2015 war die USA mit einem Anteil von 13,3 Prozent an den Gesamtausfuhren Baden-Württembergs unser wichtigster Exportmarkt. Zahlreiche deutsche und baden-württembergische Unternehmen haben Töchter und Niederlassungen in den USA, schaffen mithin auch dort Arbeitsplätze und Wohlstand. Umgekehrt gilt dies natürlich genauso. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass die hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen und das enge und freundschaftliche Verhältnis, das die USA und Deutschland auszeichnet, auch künftig Bestand haben. Dennoch müssen wir in der Tat die protektionistischen Tendenzen, die es ja nicht nur in den USA gibt, im Auge behalten und die Vorteile des freien Handels weltweit wieder stärker in den Fokus rücken. Aktuelle Zahlen zeigen, wie notwendig dies ist: Im Zeitraum Januar bis



„Jetzt ist die beste Zeit, um Liquidität für Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen einzusetzen.“

September 2016 exportierte Baden-Württemberg Waren im Wert von 17,0 Milliarden Euro in die USA. Das waren zwölf Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im gleichen Zeitraum importierte Baden-Württemberg Waren in Höhe von 9,4 Milliarden Euro aus den USA. 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr.

? Eine ähnliche Frage zur Situation in Europa: Wird der baden-württembergische Mittelstand von den Folgen des Brexits stark getroffen werden? Werden dagegen bereits Vorkehrungen getroffen von Ihrem Ministerium?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Großbritannien ist ebenfalls ein wichtiger Handelspartner für Baden-Württembergs Unternehmen. 2015 wurden Waren im Wert von 12,3 Milliarden Euro von Baden-Württemberg nach Großbritannien exportiert. Damit ist das Inselreich der sechstwichtigste Exportmarkt für Baden-Württemberg. Und dies ist auch der bisherigen Einbindung Großbritanniens in den EU-Binnenmarkt zu verdanken. Über den Ablauf und die möglichen Folgen des Brexit stehen wir deshalb ständig in Kontakt sowohl mit unseren Unternehmen als auch mit Berlin und unseren Partnern in Großbritannien. Zusammen mit Wirt-

schafts- und Verbandsvertretern werde ich mich bereits im Februar direkt vor Ort in London über die Situation informieren. Was der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union konkret bewirken wird, ist ja gegenwärtig noch in vielen Punkten ungewiss. Alles hängt davon ab, wie die verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten und Großbritannien ihre Beziehungen in Zukunft gestalten wollen.

? Was sagen Sie zur Nullzinspolitik der Notenbanken? Wie geht es weiter mit unserem Vermögen?

Dr. Hoffmeister-Kraut: Aktuell erhält man für Tagesgeld mit Glück einen Zinssatz von 0,05 %. Bei der aktuellen Inflationsrate, im Januar lag sie bei 1,8 %, wird Geldvermögen vernichtet und „Normalsparer“ können längerfristig kein Vermögen aufbauen. Dafür kommen Investoren an günstige Kredite. Jetzt ist die beste Zeit, um Liquidität für Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen einzusetzen. Ich bin aber der Ansicht, dass die negativen Effekte der Niedrigzinspolitik überwiegen. Die EZB sollte deshalb bald aber vorsichtig ihre Politik ändern. ■

Mit Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, sprach BDS-Präsident Günther Hieber



Anzeige

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter **www.foerder-bds.de** oder
telefonisch unter **0228/210033**

Tallinn: Ein Blick ins Mittelalter und in die Zukunft

Nur für BDS-Mitglieder: 4-Tage-Sonderreise in die Hauptstadt Estlands

Vom 4. bis zum 7. August 2017 können BDS-Mitglieder eine der schönsten Hansestädte Europas entdecken. Mit dem BDS-Landesverband und Karawane-Reisen schlendern die Besucher durch die beeindruckende Altstadt Tallinns mit ihren vielen historischen Gebäuden, charmanten Gassen und restaurierten Bürgerhäusern, die zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurde. Tallinn wurde im frühen Mittelalter gegründet – heute bietet die Stadt eine aufregende Mischung aus Alt und Neu und so kontrastieren hier alte Giebelhäuser mit gläsernen Wolkenkratzern. BDS-Mitglieder können auf dieser exklusiven Reise die Hauptstadt Estlands und die Herzlichkeit und Gastfreundschaft der Esten kennenlernen!

„e-Estonia“ – das „e“ steht für elektronisch und wurde zur Erkennungsmarke für die so erfolgreiche Leidenschaft im Land für alles, was vernetzt und digitalisiert ist. Estland hat den Zugang zum Internet als ein Grundrecht erklärt. Die Reisegruppe besucht den E-Estonia-Showroom, einen Demonstrationsraum für Besuchergruppen, in dem die estnische Regierung die Digitalisierung ihres Landes erklärt (genehmigungsabhängig). Am zweiten Tag haben die BDS-Mitglieder Gelegenheit, nicht nur die wunderschöne Altstadt, sondern auch das im Schloss angesiedelte estnische Parlament zu besuchen und erhalten einen Vortrag eines Parlamentsmitglieds. Am dritten Tag geht die Reise zu den Klosterruinen in Padise und zur Halbinsel Paldiski, einer der wichtigsten Militärstützpunkte. Außerdem im Programm: der höchste Leuchtturm von Estland, der



Die Altstadt von Tallinn – UNESCO-Weltkulturerbe

Foto: sean pavone

Gutshof und der Wasserfall von Keila-Joa sowie der berühmte Gutshof Kõltsu direkt am Meer. Am letzten Tag geht es zu den weltweit einzigartigen Wasserflugzeughangars und dem Meeresmuseum „Seaplane Harbour“. Eine der Hauptattraktionen der Ausstellung ist das 1936 in England gebaute U-Boot „Lembit“. Außerdem organisiert der BDS Wirtschaftskontakte und eventuell einen Firmenbesuch in Tallinn.

Reisepreis pro Person in EUR

im Doppelzimmer 1.170,00 Einzelzimmerzuschlag 169,00

Flug plus 3 Übernachtungen im Hotel Solo Sokos Estoria****

Teilnehmer: Bis 8 Wochen vor Reisebeginn zu erreichende Teilnehmerzahl: min. 25, max. 48 Personen

Bitte beachten: Preisstand: Dezember 2016. Änderungen bleiben vorbehalten. Die Klassifizierung der Hotels entspricht der Landeskategorie.

Veranstalter: Karawane Reisen GmbH & Co. KG, Ludwigsburg

Weitere Informationen, das ausführliche 4-Tages-Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter www.bds-bw.de



Der Rathausplatz von Estlands Hauptstadt Foto: Jaak Nilson



Typisch estnische Folklore

Foto: Jaak Nilson



Tallinns schönes Rathaus

Foto: gadagj – Fotolia

Zusätzliche Fraktionsmittel für örtliche Leistungsschauen

BDS-Präsident Günther Hieber: Dank an die CDU-Landtagsfraktion

Wir freuen uns sehr, dass im kommenden Landeshaushalt die örtlichen Leistungsschauen wieder verankert werden sollen“, betont Günther Hieber, Präsident des BDS-Bundes- und Landesverbandes anlässlich der Ankündigung der CDU-Landtagsfraktion, Mittel im Landesetat 2017 bereit zu stellen.

Leistungsschauzuschüsse wieder zugesagt

Der wirtschaftspolitische Sprecher und Vorsitzende des CDU-Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Claus Paal, hatte sich in seiner Fraktion dafür eingesetzt, die Leistungsschauen in Zukunft wieder finanziell zu unterstützen. „Die Zusage meiner Fraktion liegt mir nun vor“, freut sich Claus Paal. „Die örtlichen Leistungsschauen sind ein wichtiges Schaufenster für das lokale Gewerbe und für die Leistungsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft in einer Kommune. Die Förderung dieser Veranstaltungen ist ein wertvoller Impuls und eine wichtige Anerkennung für das, was die Gewerbevereine leisten. Die Einsparungen unter Grün-Rot standen in keinem Verhältnis zu dem, was

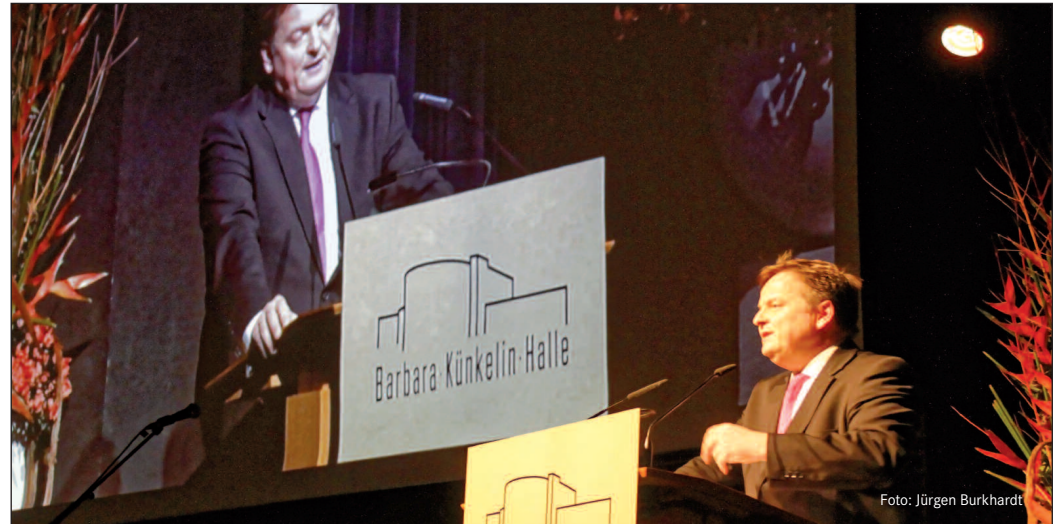


Foto: Jürgen Burkhardt

dort mit einem Handstreich kaputt gemacht wurde“, sagt Claus Paal. Unter Berücksichtigung der Zukunftsfähigkeit war es der CDU-Fraktion wichtig, dass neue Themen aufgegriffen werden. Zukünftig sollen die örtlichen Leistungsschauen ein Rahmenprogramm enthalten, in dem wichtige Themenfelder wie beispielsweise die Energieeffizienz, Smart Home oder auch eine Sonderschau für Maßnahmen gegen Einbrüche ins Blickfeld geraten. „Dies können wir so nur unterstützen“, erklärt Günther Hieber abschließend. ■

Claus Paal MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und BDS-Präsident Günther Hieber haben sich für die Leistungsschauzuschüsse stark gemacht.



eset ENJOY SAFER TECHNOLOGY™

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards. Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kos-

tenlosen Support für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android, – als Einzelversion oder als Paket mit bis zu fünf Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software

K6 MEDIEN ■
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

(0231) 33874133
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Personalien

Günter Hecht wird 70 – Herzlichen Glückwunsch!

Seit 2014 ist der erfolgreiche Unternehmer Vizepräsident im BDS-Landesverband. In dieser Funktion ist er häufig auf Leistungsschauen und Vereinsjubiläen als BDS-Repräsentant unterwegs und hält Festreden. Außerdem hat er einen festen Platz in der Hauptjury des VR-Innovations-Preises Mittelstand. Davor war der umtriebige Selbständige Vorsitzender des Kreisverbandes Heilbronn und des BDS-Ortsvereins Ilsfeld-Schozachtal. Der ehemalige Geschäftsführer der Hecht-Electronic AG (er hat den Chefessel innerhalb seiner Familie



weitergereicht) hatte außerdem den Vorsitz des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik inne.

Zu seinem Geburtstag am 18.1. hat ihm der BDS-Landesverband einen edlen Tropfen geschenkt. An dieser Stelle möchten wir Günter Hecht noch einmal zu seinem 70. Geburtstag sehr herzlich gratulieren. Wir sind ihm für seinen jahrelangen engagierten Einsatz für den BDS-Landesverband sehr dankbar und wünschen ihm für seine Zukunft stets ein glückliches Händchen bei wichtigen Entscheidungen und eine gute Gesundheit! ■

Reinhard Geckler wird 70 – Wir gratulieren!

Bereits seit 1974 ist er Mitglied im BDS – und seither ein sehr engagiertes Mitglied, auch heute noch als Ehren-Kreisvorsitzender des BDS-Kreisverbandes Göppingen. Ende letzten Jahres, genauer gesagt am 28. Dezember wurde Reinhard Geckler 70 Jahre alt. Zu seiner Geburtstagsfeier überreichte ihm BDS-Geschäftsführer Otmar de Riz am 5. Januar im Blockhaus in Schlat einen Präsentkorb im Namen des BDS Landesverbandes.

Direkt nach seinem Eintritt in den Gewerbe- und Handelsverein Göppingen, hat sich der Maler- und Lackierermeister bis 2001 als



Ausschussmitglied engagiert. 1979 übernahm er zudem den Vorsitz der Werbegemeinschaft, die das Göppinger Stadtfest, das Stadtbadfest und den Glückspilzball (eine Benefizveranstaltung für Gehörlose) ins Leben gerufen hat unter seiner Regie. Ein Jahr zuvor wurde er Kreisvorsitzender bis 2006 und ist seitdem Ehrevorsitzender im Kreis.

Wir gratulieren Reinhard Geckler ebenfalls noch einmal sehr herzlich und danken ihm für sein Engagement für den BDS. Wir wünschen ihm auch weiterhin eine erfüllende BDS-Mitgliedschaft und erfolgreiche und gesunde Zukunft! ■

Nadine Münch feiert 40. Geburtstag – Alles Gute!

Seit über einem Jahr ist sie nun beim BDS-Landesverband angestellt und hat sich sehr gut in die Materie eingearbeitet. Nun ist sie endlich auch „gscheit worda“, wie man im Ländle sagt: Am 20. Januar 2017 feierte Nadine Münch ihren 40. Geburtstag – Wir gratulieren ihr sehr herzlich. Unter ihrer Regie sind die neuen Rollups und die neue BDS-Imagebroschüre aus der „Köpfe gesucht-Fotoaktion“ entstanden. Zahlreiche Pressemeldungen hat sie im vergangenen Jahr verfasst und platziert. Auch der Newsletter und die Homepage



(die bald in neuem Glanz und Layout erstrahlen wird) hält die Tochter eines selbständigen Bäcker- und Müllermeisters stets aktuell. Außerdem ist sie für die Mitgliederverwaltung und das Verbandsmagazin „Der Selbständige“ zuständig. Und wenn die 40-Jährige einmal nicht für den BDS arbeitet, dann entspannt sie sich am besten bei der Gartenarbeit oder in ihrem Lieblingsurlandsland Italien.

Wir wünschen ihr für ihren weiteren Lebensweg – privat und beruflich – Gesundheit, viel Freude und Erfolg! ■

BDS widerspricht Karstadt-Chef

Hieber: Anlassbezogenheit aus Ladenöffnungsgesetz streichen

In einer Pressemitteilung gab der BDS-Landesverband im Dezember Folgendes bekannt: Der Bund der Selbständigen ist gegen eine generelle Sonntagsöffnung in Deutschland. „Stattdessen sollte lieber die Anlassbezogenheit aus dem Gesetz gestrichen werden. Dann sind drei offene Sonntage im Jahr auch ausreichend“, bekräftigte BDS-Präsident Günther Hieber die Position des Bund der Selbständigen zu dieser aktuellen Thematik.

Die Forderung des Karstadt-Chefs, Stephan Fanderl, nach einer generellen Sonntagsöffnung in Deutschland findet keine Unterstützung beim Bund der Selbständigen in Baden-Württemberg. „Die bisherigen Möglichkeiten“, so Präsident Günther Hieber, „sind weitgehend ausreichend.“ Allerdings mache ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Probleme. Danach müsse bei der Festsetzung eines verkaufsoffenen Sonntags aus Anlass eines örtlichen Fests eine Prognose vorgelegt werden, ob das Fest oder die offenen Geschäfte mehr Publikum anziehen. „Das widerspricht eindeutig dem Gesetzgeberwillen, denn die Regelung des baden-würt-



Foto: Fotolia

tembergischen Ladenöffnungsgesetzes aus dem Jahr 2007 wollte weniger verkaufsoffene Sonntage“, bezieht sich Hieber auf Paragraph acht des Gesetzes. Diese wenigen Sonntage (drei pro Jahr) jedoch sollten mit weniger strengen Voraussetzungen und damit weniger Bürokratie für die Gewerbevereine und Werbegemeinschaften verbunden sein. Daher

wurden die „örtlichen Feste“ als Anlass ins Gesetz eingefügt. „Die Gerichtsentscheidung potenziert nun wieder die Bürokratie in unerträglicher Weise“, betonte der BDS-Präsident. Hieber fordert daher, künftig bei maximal drei verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr zu bleiben, die Anlassbezogenheit jedoch aus dem Gesetz zu streichen. ■

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

09.03.2017	BDS Stuttgart-Vaihingen-Rohr-Büsnau-Dachswald-Dürtlewang: Jahreshauptversammlung
10.-24.03.2017	BDS Leinfelden-Echterdingen: Kunst bewegt LE
11./12.03.2017	GHV Nufringen: OpenHouse/ Nufringen 2017
13.03.2017	Ortsverband Schrozberg: Jahreshauptversammlung
15.03.2017	BDS Mannheim-Mitte: Mittagstisch des BDS Mannheim-Mitte
18.03.2017	BDS Baltmannsweiler: Hauptversammlung
19.03.2017	BDS Leinfelden-Echterdingen: BDS LE Weißwurst-Frühschoppen
22.03.2017	RGV Rheinau: Mitgliederversammlung
02.04.2017	BDS Kornwestheim: Stadtlauf Kornwestheim
02.04.2017	BDS Remchingen: Remchinger Frühling
03.04.2017	Ortsverband Schrozberg: „Als der Schreibtisch um Hilfe rief, das A und O der Büro- und Selbstorganisation“
04.04.2017	GV Illingen: 3. Sitzung Vorstand und Ausschuss
08.04.2017	GHV Hüttlingen: Lange Einkaufsnacht bis 24 Uhr vor Ostern
08./09.04.2017	BDS Kornwestheim: Automeile mit verkaufsoffenem Sonntag

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine

Hand in Hand ist ...

... nicht alleine dazustehen, wenn das Leben mal eine Verschnaufpause braucht.

Jetzt
Angebot
anfordern

Hand in Hand ist ...

HanseMerkur



Die Krankenversicherung, die zu Ihnen passt:
Exklusive **BDS Sonderkonditionen**
im Rahmenvertrag 2017

GESCHÄFTSSTELLENLEITER
OLIVER KRÖTER

Nymphenburger Str. 13-15 · 80335 München
Mobil 0179 4816065 · Fax 040 41199675876
E-Mail oliver.kroeter@hansemerkur.de